

Auf den heutigen Tag genau vor 50 Jahren, am 4. April 1967, begann die als „Endlagerung“ verbrämte Versenkung von Atommüll im ehemaligen Salzbergwerk Asse II. Nicht nur war das der Beginn der ersten sogenannten „Endlagerung“ Deutschlands und der Beginn eines (weiteren) Atom-Desasters, sondern auch Anfang einer aufschlussreichen Geschichte der Verantwortungslosigkeit sogenannter verantwortlicher Stellen des Staates und der Atomwirtschaft.

1965 erwarb die damalige Gesellschaft für Strahlen- und Umweltforschung (GSF) im Auftrag der Bundesrepublik das ehemalige Salzbergwerk Asse II, 10 km südöstlich von Wolfenbüttel, offiziell um dort Forschungs- und Entwicklungsarbeiten zur sogenannten Endlagerung radioaktiver Abfälle durchzuführen. In den Jahren 1967 bis 1978 wurden riesige Hohlräume aus dem ehemaligen Salzabbau zum ersten deutschen unterirdischen Lager für Atommüll. 109.715 Fässer schwachaktiver Abfälle und 16.072 Behälter mit mittelaktivem Atommüll wurden dort eingelagert. Lange Zeit galt das Atommülllager Asse II in der offiziellen Sprachregelung als Forschungsbergwerk. Erst 2009 wurde durch die Dissertation des Historikers Dr. Detlev Möller bekannt, dass Asse II bereits während der Einlagerungszeit als Endlager betrachtet wurde und außerdem die über die Asse ausgestellten Entsorgungsnachweise den Ausbau der Atomkraft im geschehenen Maß und Tempo erst ermöglicht haben.

Nach dem im Frühjahr 2002 erstellten Radionuklidinventar enthielten die Fässer am 1.1.2002 neben anderen Radionukliden auch insgesamt 102 Tonnen Uran und 11,6 kg Plutonium, bei einer gesamten Strahlungsaktivität von 83.300 Curie. Während das Plutonium-241 mit einer Halbwertszeit von 14 Jahren relativ schnell zerfällt, beträgt die des Plutonium-239 24.000 Jahre, und die der Uran-Isotope viele Millionen Jahre. In 2009 wurde die Plutonium-Menge in einer neuen Auswertung der Unterlagen auf 28 kg korrigiert. In 2010 wurde die Anzahl der Gebinde mit mittelaktivem Atommüll von 1293 auf 16.072 korrigiert.

1978 traten neue Bestimmungen des Atomgesetzes in Kraft. Danach ist ohne Durchführung eines Planfeststellungsverfahrens mit Öffentlichkeitsbeteiligung keine Endlagerung von Atommüll möglich. Ein solches Planfeststellungsverfahren wurde bis heute nicht beantragt, die Einlagerung von Atommüll wurde Ende 1978 eingestellt – wie der Pressesprecher Herr Haury am 23.7.08 mitteilte, nicht aufgrund der 1978 erfolgten Risikoabschätzung, die als größten anzunehmenden Unfall einen Wassereinbruch annahm, sondern aufgrund der neuen Regelungen.

Aber es wurde weiter mit radioaktiven Substanzen geforscht, es wurden technische Verfahren entwickelt und Tests zum Verhalten von Salz bei Strahlungs- und Wärmeeinwirkung durchgeführt. Dazu wurde das Bergwerk weiter ausgebaut. Erst 1992 wurde die Versuchstätigkeit eingestellt.

Von der „Versuchs“Einlagerung zur „Versuchs“-Stilllegung

In einem Gutachten, das das Niedersächsische Landesamt für Bodenforschung, das Oberbergamt Clausthal-Zellerfeld und das Bergamt Goslar im Auftrag des Niedersächsischen Umweltministeriums erstellen, wurde 1993 festgestellt, dass ein nicht mehr beherrschbarer Wassereinbruch in das Bergwerk nicht auszuschließen ist. Zur Verbesserung der Standfestigkeit empfahlen die Gutachter daher die Verfüllung der verbliebenen Hohlräume (insgesamt ca. 2,5 Millionen m³) mit Salz.

1995 begann die Verfüllung. 10 Jahre lang brachten Tag für Tag Güterzüge Abraum Salz zur Schachanlage, das dann in die Hohlräume geblasen wurde. 2001 teilte die GSF mit, dass seit 1991 Laugenzutritte beobachtet werden, und seit 1998 täglich 11 m³ Steinsalzlauge ins Bergwerk laufen. Die Flüssigkeit komme aus dem Deckgebirge, die genaue Herkunft sei nicht aufzuklären und der Zutritt nicht zu stoppen. Dazu komme, dass die Steinsalzlauge auch die aufgeschlossenen Carnallitbereiche im Bergwerk auflöse. Durch das Volllaufen der Grube würden auch die Lagerkammern mit Salzlösung gefüllt und Radionuklide könnten in Lösung gehen. Diese Lösung könnte durch Konvergenzbewegungen dann schließlich auch ins Deckgebirge gepresst werden. Man gehe aber davon aus, Anfang 2003 den für die Schließung notwendigen Sicherheitsbericht

vorlegen zu können.

Die Vorlage des Sicherheitsnachweises wurde dann mehrmals verschoben. Bis 2008 behauptete die GSF jedoch davon auszugehen, dass für das Stilllegungsverfahren der Nachweis der Langzeitsicherheit erbracht werden könne. Dafür wurden Konzepte mit einem „Schutzfluid“ durchgerechnet: Kern dieses Konzepts war die Flutung des Bergwerks mit Magnesiumchlorid-Lösung. Sie sollte verhindern, dass die einsickernde Steinsalzlauge den Carnallit zersetzt. (1 m³ Steinsalzlauge zerstört 3 m³ Carnallit.) Das „Schutzfluid“-Konzept, zu dem die GSF keine Alternative nennen konnte, ist noch nie irgendwo eingesetzt worden. Mitarbeiter der GSF räumten auf öffentlichen Veranstaltungen ein, dass sie nicht ausschließen könnten, dass der radioaktive Abfall mit Laugenzuflüssen in Kontakt kommt. Welche Wege sich diese Laugenzuflüsse nach der Verfüllung suchen ist unbekannt.

Nach Auskünften auf weiteren Veranstaltungen der GSF hat sich der Laugenzufluss bis April 2003 auf etwa 12,5 m³/Tag erhöht. GSF-Geologe Taylor am 23.4.03: „Der Berg drückt – wir müssen handeln“.

Im November 2005 schließlich wurde die Vorlage des Langzeitsicherheitsnachweises auf unbekannte Zeit verschoben, da es über die Entwicklungen in den Kammern, in denen der Atommüll liegt, neue Erkenntnisse gab.

Im Mai 2006 wurde bekannt, dass Asse II wohl nicht wie bislang geplant 2013 geschlossen werden soll, sondern erst 2017 die bislang vorgesehenen Arbeiten abgeschlossen werden könnten.

Im Dezember 2006 wurden die Berechnungen abgeschlossen – das Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie hat den dort vorgelegten Abschlussbetriebsplan, dessen Bestandteil auch der Sicherheitsbericht mit Langzeitsicherheitsnachweis ist, Mitte März 2007 jedoch an die GSF zurück verwiesen.

Die Arbeiten in der Asse wurden unterdessen von einer immer breiteren Öffentlichkeit kritisch begleitet. Im März 2006 beschlossen der Kreistag des Landkreises Wolfenbüttel und die Samtgemeinderäte von Schöppenstedt und Asse eine Resolution, in der ein Optionsvergleich zur Art und Weise des Umgangs mit dem Atommüll, eine dauerhafte Umgebungsüberwachung, die Beteiligung der Öffentlichkeit am Schließungsverfahren und eine Informationsstelle auf dem Schachtgelände gefordert werden.

Schon immer stieß auf Unverständnis, dass Asse II nicht dem Atomrecht untersteht. Wie oben beschrieben, wurde mit Verabschiedung des Atomgesetzes die Einlagerung eingestellt und es fand nie ein atomrechtliches Genehmigungsverfahren statt. Bis Ende 2008 war ja für Asse II das Bundesforschungsministerium und nicht wie für Atomanlagen vorgesehen das Bundesumweltministerium zuständig.

Damit nun wenigstens die Schließung nach den für Atomanlagen geltenden Bestimmungen durchgeführt wird, zu denen unter anderem die Beteiligung der Öffentlichkeit in einem Planfeststellungsverfahren gehört, wurde im April 2007 die Klage auf Anwendung des Atomrechts eingereicht.

Erst im November 2007 begann eine intensivere Diskussion darüber, ob es vielleicht doch andere, sicherere Schließungsverfahren gibt bzw. es möglich/erforderlich ist, einen Teil oder alle Atommüll-Fässer wieder zurück zu holen. Die ersten Fässer verrotten schon jetzt im nassen Salz!

Im Juni 2008, als 20 Jahre nach den ersten Messungen wurde endlich bekannt, dass

1.) im Bereich der Einlagerungskammern auf der 750-m-Sohle große Mengen an Flüssigkeit vorhanden sind.

Seit bislang noch unbekannter Zeit gibt es in diesem Bereich sogenannte Laugensümpfe – feuchte Bereiche im Steinsalz. Die Lauge stammt angeblich aus den alten Kali-Abbaukammern, die vor 70 bis 80 Jahren mit nassem Material verfüllt worden seien. So stellt sich doch die Frage, was in den unzugänglichen Einlagerungskammern geschieht – liegen da die untersten Fässer schon seit langem in einem Salzbrei?

2.) Proben dieser Laugen bereits seit 20 Jahren Cäsium-137 und weitere Radionuklide enthalten. Cäsium-137 kommt in der Natur nicht vor, sondern entsteht bei der Kernspaltung. Es ist in

eingelagerten Fässern, die aus der damaligen Wiederaufbereitungsanlage für abgebrannte Kernelemente in Karlsruhe stammen, vorhanden. In den Laugenproben wurden außerdem Spuren von Plutonium und Strontium gefunden. Am 21.8.08 gab der Staatssekretär des Niedersächsischen Umweltministeriums Birkner bekannt, dass nach einem neuen Gutachten die Radionuklide aus eingelagerten Fässern stammen.

Im Statusbericht Asse II vom 1.9.2008 des Niedersächsischen Umweltministeriums wurden alle diese Berichte bestätigt.

Auch ohne genehmigten Langzeitsicherheitsnachweis liefen bis Herbst 2008 die Arbeiten untertage weiter. Es wurden Fakten geschaffen, die nach Angaben der ehemaligen Betreiber auf die Langzeitsicherheit keinen Einfluss haben würden, jedoch andere Schließungs- und Sicherungsverfahren oder die Rückholung immer mehr erschweren. Der Tiefenaufschluss unterhalb der Einlagerungskammern (750-m-Sohle) wurde bereits bis etwa 875 m mit Salz, Schotter und Sorelbeton verfüllt und mit Magnesiumchlorid-Lösung geflutet.

Weiter oben wurden neue Kammern im Salz aufgefahren und unter anderem eine Betonmischanlage und Lagerbecken für Flüssigkeiten eingerichtet. Ab Dezember 2006 wurden sogenannte Strömungsbarrieren gebaut. Unterhalb der Einlagerungskammern wurden mittlerweile neun dieser Barrieren fertiggestellt. Auch während einer sogenannten Betriebsruhe im Juli wurde massiv am alten Schließungskonzept weitergearbeitet.

Nach der Meldung vom 14.12.2010, dass vor Einlagerungskammer 8 mehr Lauge als vorher auftritt und diese auch eine höhere Cäsium-137-Konzentration aufweist als zuvor, ist die Vorbereitung auf den Umgang mit durchgerosteten Fässern und kontaminiertem nassen Salz umso dringlicher – und immer dringender wird auch der Beginn der Rückholung!

Stattdessen wird nach wie vor auf eine Verfüllung der gefährdeten Kammern hin gearbeitet. Diese kann dabei, aufgrund der Unzugänglichkeit der Kammern und bereits durch unkontrollierte Absackungen neu entstandene Hohlräume nicht im Ansatz vollständig sein. Dabei wäre selbst bei einer vollständigen Verfüllung nicht davon auszugehen, dass früher oder später erneut Salzlake zum Atommüll durchdringt, und nachfolgend von diesem auch wieder abfließt, die Lagerstätte also durchflutet werden. Anstatt also folgerechtig die sofortige Bergung zu beginnen, wird in der Asse weiter wider besseres Wissen an Provisorien gearbeitet, die eine Rückholung des Atommülls zusätzlich erschweren. Und angesichts des Asse-Desasters gilt es umso mehr, aufzupassen, was an anderen Endlagerstandorten geschieht – und sich dafür einzusetzen dass kein weiterer Atommüll produziert wird.

Am Beispiel der Asse wird nicht nur die technische Unmöglichkeit einer sogenannten „Endlagerung“ deutlich, sondern auch der völlig verantwortungslose Umgang staatlicher Stellen mit der Atommüllproblematik. Es wird deutlich, wie unverantwortlich es wäre, sich in Atomfragen auf den Staat zu verlassen, wie untragbar die Atomwirtschaft insgesamt ist.

Heute, nach nur 50 Jahren versuchter Endlagerung sind – mit den Salzstöcken Morsleben und Gorleben – bereits 3 von 4 verwirklichten oder projektierten deutschen „Endlagerern“ havariert, oder im Begriff dies zu havarieren.

Im Gedenken an 50 Jahre verantwortungslose Atompolitik unter anderem im Bergwerk Asse und havarierende „Endlagerung“ beantrage ich jetzt eine Schweigeminute einzulegen. Es wird ein Gerichtsbeschluss beantragt.